

Nr. 15/707

Fragestunde

1. ZIBS- und ESF-Gelder für die Berufsschulen
Anfrage der Abgeordneten Brumma, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 29. August 2001
2. Löhne am Bau
Anfrage der Abgeordneten Günthner, Jägers, Ehmke, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 30. August 2001
3. Umstellungsförderung in der Landwirtschaft
Anfrage der Abgeordneten Dr. Karin Mathes, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 3. September 2001
4. Private Finanzierung des Tiefwasserhafens Wilhelmshaven
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Helga Trüpel, Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. September 2001
5. Planungen für ein Auswanderermuseum in Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 14. September 2001
6. Beabsichtigte Nachtschließung der Eisenbahnstrecke Bremen–Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Töpfer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 17. September 2001
7. Nordseemuseum
Anfrage der Abgeordneten Schramm, Dr. Güldner, Dr. Helga Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 18. September 2001
8. Aktuelle Situation im Projekt FISCUS
Anfrage der Abgeordneten Cornelia Wiedemeyer, Marlies Marken, Ursula Arnold-Cramer, Dr. Schuster, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. September 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

9. Chancengleichheit für Arbeitnehmerinnen im Konzern Bremen
Anfrage der Abgeordneten Barbara Wulff, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. September 2001

Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.

10. Intensive Gewerbeflächennutzung im Bremer Osten
Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Lemke-Schulte, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. September 2001

11. Verbraucherinformationsgesetz

Anfrage der Abgeordneten Dr. Käse, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 19. September 2001

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/708

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/709

Weserquerung im Zuge der A 281

Mitteilung des Senats vom 11. September 2001
(Drucksache 15/819)

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt der Privatfinanzierung/Mautlösung für die Weserquerung im Zuge der A 281 grundsätzlich zu.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/710

Weserquerung im Zuge der A 281

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 25. September 2001
(Drucksache 15/835)

Die Realisierung der A 281 mit der Weserquerung ist herausragendes Ziel Bremischer Politik.

Deshalb begrüßt die Bürgerschaft (Landtag), dass

- a) der Bauabschnitt 2/1 von der Warturmer Heerstraße bis zum Kreuzungspunkt Neuenlander Straße/Neuenlander Ring ab 2002 gebaut werden soll,
- b) mit der Planung des Bauabschnitts 2/2 zwischen Neuenlander Straße und Flughafenfeld begonnen wurde,
- c) der Bauabschnitt 3/1 von der Warturmer Heerstraße zum GVZ ab 2003 in Bau geht.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt einer Mautlösung/Privatfinanzierung für die Weserquerung zu und bittet den Senat, alle Kräfte zu mobilisieren, damit der Autobahnring bis zum Jahr 2010 geschlossen werden kann.

Nr. 15/711

Gesetz zur Änderung des Bremischen Gesetzes über den Abbau der Fehlsubventionierung im Wohnungswesen

Mitteilung des Senats vom 17. Juli 2001
(Drucksache 15/772)
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/712

Veränderungen in der gymnasialen Oberstufe

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. April 2001
(Drucksache 15/682)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 15. Mai 2001

(Drucksache 15/721)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

N. 15/713

Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juni 2001
(Drucksache 15/762)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/714

Legebatterien abschaffen – neuer Hennenhaltungsverordnung zustimmen!

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 26. September 2001
(Neufassung der Drs. 15/822 vom 12.09.01)
(Drucksache 15/838)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, der vom Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft vorgelegten Hennenhaltungsverordnung im Bundesrat zuzustimmen.

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat weiterhin auf, auf das zuständige Bundesministerium einzuwirken, die Kleingruppenhaltung auch in ausgestalteten Käfigen, wie sie in Artikel 6 der Richtlinie 1999/74/EG geregelt ist, auf Dauer zu sichern.

Nr. 15/715

Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Zulassung einer öffentlichen Spielbank

Mitteilung des Senats vom 11. September 2001
(Drucksache 15/817)
1. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in erster Lesung.

Nr. 15/716

Einbeziehung der berufsschulischen und betrieblichen Leistungen in die Abschlusszeugnisse der Kammern

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 15. Mai 2001
(Neufassung der Drs. 15/647 vom 06.03.01)
(Drucksache 15/713)

Der Senat wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass die während der Berufsausbildung in der Berufsschule erbrachten und durch Zeugnis nachgewiesenen Leistungen sowie die durch freie Beschreibung wiedergegebene Leistungsbeurteilung

lung des Ausbildungsbetriebes bei der Abschlussprüfung der Kammern anerkannt und in die Bewertung des Auszubildenden einbezogen werden.

Nr. 15/717

Tiertransporte

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 27. April 2001
(Drucksache 15/696)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 7. August 2001

(Drucksache 15/780)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/718

Mehr Tierschutz bei Tiertransporten

Antrag der Fraktionen der CDU, der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 25. September 2001
(Drucksache 15/833)

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, über den Bundesrat die Bundesregierung zu unterstützen, sich bei der Europäischen Kommission für nachstehend aufgeführte Punkte einzusetzen:

- EU-weit ist das Verfahren über die Registrierung und Bescheinigung für zugelassene Transportunternehmer zu harmonisieren und ein EU-weit einheitlicher Sachkundennachweis von Begleitpersonen einzuführen.
- Die Ladedichte für landwirtschaftliche Nutztiere ist insbesondere bei Langstreckentransporten nach unten zu korrigieren. Außerdem muss die Ladedichte differenziert von den geplanten Fahrzeiten, den Witterungsverhältnissen, der körperlichen Verfassung der Tiere sowie den Beförderungsmitteln abhängig gemacht werden.
- Die Transportzeiten sind EU-weit auf höchstens acht Stunden zu begrenzen. Das gilt auch für Transporte aus Drittländern. Es ist nicht tolerabel, dass der Eintritt in die Europäische Union für Tiertransporte die Stunde Null ist, auch wenn die Tiere schon über viele Stunden oder Tage transportiert wurden.
- Der Transportplan ist zu konkretisieren und die Verantwortlichkeiten für jeden Transportabschnitt sowie die Ruhezeiten sind zu dokumentieren. Die Verfahren zur Kontrolle der Pläne durch die Behörde des Ausgangsortes müssen verbessert werden.
- Die Kontrolle und Überwachung der Tiertransporte ist EU-weit zu verbessern und nach einheitlichen Kriterien durchzuführen. EU-weit müssen von der EU-Kommission unabhängige Kontrollen in den Mitgliedstaaten ohne vorherige Ankündigung durchgeführt und im Falle eines Verstoßes Sanktionen ausgesprochen werden können.
- Um ungeeignete Transportmittel jeder Art aus dem Verkehr zu ziehen, sind technische Vorgaben im Hinblick auf Temperaturkontrolle, Belüftungssteuerung und Deckenhöhe erforderlich.

Nr. 15/719

Situation des Schulsports in Bremen

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 7. Mai 2001
(Drucksache 15/702)

D a z u

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001

(Drucksache 15/789)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 15/720

Situation des Schulsports muss verbessert werden

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. September 2001
(Drucksache 15/830)

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/721

Situation des Schulsports verbessern

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 25. September 2001
(Drucksache 15/834)

Der Senat wird aufgefordert,

1. gemeinsam mit dem „Runden Tisch Schulsport“ mit Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülerinnen und Schülern im Landesinstitut für Schulen (LIS) ein Konzept zur Steigerung der Attraktivität des Schulsports zu entwickeln. Dieses Konzept sollte unter anderem Vorschläge zur Öffnung des Sportunterrichts für Trendsportarten und zu den Sportvereinen enthalten. Zur Attraktivitätssteigerung des Sportunterrichts für Mädchen sollte in der Sekundarstufe I zum Beispiel geschlechtergetrennter Sportunterricht ermöglicht werden,
2. darauf hinzuwirken, dass die in den Studentafeln vorgesehenen Wochenstunden für Sportunterricht (drei Stunden an den allgemeinbildenden, ein bis zwei Stunden an den beruflichen Schulen) im Lande Bremen tatsächlich erteilt werden. In Grundschulen sollen möglichst bald ab Klasse 2 innerhalb des Lernbereichs „Ästhetische Erziehung“ drei Wochenstunden Sport integriert werden,
3. angesichts von 2000 nicht erteilten Sportstunden bei der Einstellung neuer Lehrerinnen und Lehrer, Bewerberinnen und Bewerber mit der Lehrbefähigung für Sport mit angemessener Priorität zu berücksichtigen,
4. intensiv darauf hinzuwirken, dass der Schwimmunterricht in Grundschulen abgesichert wird und möglichst alle Kinder bis zum Abschluss der Grundschule ein Schwimmbzeichen erworben haben,
5. die Sanierung der Schulsporthallen mit hoher Priorität zu behandeln und alles daran zu setzen, den projektierten Sanierungszeitraum von acht Jahren zu beschleunigen.

Nr. 15/722

Einführung einer regionalen Stadtbahn zwischen Bremen und Cuxhaven!

Antrag des Abgeordneten Tittmann (DVU)
vom 11. September 2001
(Drucksache 15/816)

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/723

Gesetz über das Halten von Hunden und zur Änderung von anderen Vorschriften

Mitteilung des Senats vom 8. Mai 2001

(Drucksache 15/703)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/724

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 4. September 2001

(Drucksache 15/806)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/725

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 33 vom 18. September 2001

(Drucksache 15/831)

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/726

Staatsvertrag zur Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages (Mediendienste- änderungsstaatsvertrag)

Mitteilung des Senats vom 11. September 2001

(Drucksache 15/818)

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Staatsvertrag zur Änderung des Mediendienste-Staatsvertrages zur Beratung und Berichterstattung an den Ausschuss für Informations- und Kommunikationstechnologie und Medienangelegenheiten.

Nr. 15/727

Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro

Mitteilung des Senats vom 14. August 2001

(Drucksache 15/782)

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 15/728

Gesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro

Bericht und Antrag des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses vom 21. September 2001

(Drucksache 15/832)

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.